

**UOKG e.V.**

Dr. Christian Sachse  
Beauftragter zur Aufarbeitung  
der Zwangsarbeit in der SBZ/DDR

Ruschestraße 103, Haus 1, Z. 720  
D-10365 Berlin

Tel.: 030/55 77 96 21  
Funk: 0178/1974 9 08

Mail: [zwangsarbeit@christian-sachse.de](mailto:zwangsarbeit@christian-sachse.de)

Info: [www.ddr-zwangsarbeit.info](http://www.ddr-zwangsarbeit.info)  
[www.uokg.de](http://www.uokg.de)

## Presseerklärung

### Kaufhof und DDR-Zwangsarbeit

Die Zeit drängt

Berlin, den 29. August 2015

(file: 20150829\_UOKG\_Kaufhof.docx)

Betreff: Erklärung von Kaufhof zur Beteiligung an einem Fonds für DDR-Zwangsarbeiter

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. begrüßt die Ankündigung von Kaufhof, sich an einem Fonds für die DDR-Zwangsarbeiter zu beteiligen, als einen weiteren wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

Diese Ankündigung folgt der Entschuldigung und der erklärten Bereitschaft von IKEA, sich an einer finanziellen Entschädigung der politischen Häftlinge zu beteiligen. Sie ist ein weiterführender Schritt nach der Entschuldigung der Deutschen Bahn und ihrem Projekt, die Zwangsarbeit bei der Reichsbahn der DDR aufzuklären. Die Ankündigung kann Vorbild für Firmen sein, mit denen sich die UOKG bereits im Gespräch befindet (u.a. Vattenfall, MIBRAG, LMBV; Otto group) und noch das Gespräch suchen wird.

Die UOKG begrüßt das Bemühen um Aufklärung über die Situation der politischen Häftlinge der DDR in der Zwangsarbeit. So hat der von der Ostbeauftragten der Bundesregierung, Iris Gleicke, in Auftrag gegebene Bericht die Untersuchungen der UOKG bestätigt. Geplante Ausstellungen in Sachsen-Anhalt und Cottbus werden neue Details ans Tageslicht bringen.

Die UOKG unterstreicht die Auffassung von Kaufhof, dass die Frage von Entschädigungen für die politischen Häftlinge zentral eine staatliche Aufgabe sein muss. Unter Berücksichtigung der immensen Schwierigkeiten des Nachweises bei individuellen Entschädigungen und eines dadurch entstehenden Gerechtigkeitsproblems schlägt die UOKG eine Doppel-Lösung vor:

(1) Die Opferrenten für rehabilitierte Häftlinge sollten um einen respektablen Betrag erhöht werden. Damit gilt die Entschädigung für die Zwangsarbeit als abgegolten.

(2) Die Firmen sollten „aus Respekt vor den politischen Häftlingen und aus Verantwortung gegenüber der eigenen Geschichte“ (Kaufhof) freiwillig Gelder in einen privaten Fonds einzahlen, aus dem nach dem Vorbild der Häftlingshilfestiftung Zuwendungen an besonders bedürftige politische Häftlinge geleistet werden. Die Hilfen sollen vorrangig denjenigen Häftlingen zugutekommen, die nach historischen Erkenntnissen als politische Häftlinge zu bezeichnen sind, aber nach geltendem Recht nicht als solche anerkannt werden können.

Wir betonen nochmals: Die Zeit drängt. Manche politischen Häftlinge haben bereits ein hohes Alter erreicht. Sie sollen noch erleben dürfen, dass ihnen – auch materielle – Anerkennung widerfährt.

gez.

RA Roland Lange

Amtierender Bundesvorsitzender

gez.

Dr. Christian Sachse

Beauftragter der UOKG zur Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der SBZ/DDR